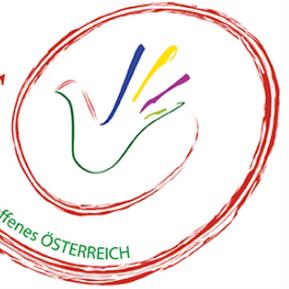


SOLIDAR WERKSTATT

für ein freies, solidarisches, neutrales und
weltoffenes ÖSTERREICH

www.solidarwerkstatt.at



Solidarwerkstatt

für ein freies, solidarisches, neutrales und
weltoffenes Österreich

Waltherstr. 15, 4020 Linz

T 0732/771094, F 0732/797391

Mail: office@solidarwerkstatt.at

Web: www.solidarwerkstatt.at

Facebook: www.facebook.com/solidarwerkstatt

Wenn Sie diesen Rundbrief nicht mehr erhalten möchten, einfach
ein Vermerk "[unsubscribe](#)" an office@solidarwerkstatt.at

WERKSTATT-Rundbrief Nr. 5/2016

(16.3.2016)

1. Dossier: "Hände weg von der Mindestsicherung!"
2. Demonstration für eine umweltfreundliche Verkehrswende, Fr, 1.4.2016, Linz
3. Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge - Teil 4: Nein zum Krieg - Ja zur Neutralität!
(Antikriegskundgebung, 24.3.2016, Wien)
4. EU: Plan A, B, C und die Mindestsicherung
5. Stoppt den Krieg: "Unser Schweinehund"
6. Freihandelsabkommen: TTIP, CETA, TiSA - EU-Kommission gibt Gas
7. Offener Brief: "Kein Platz für Rheinmetall in (Ober-)Österreich!"
8. Werkstatt-Radio zur UKRAINE!
9. Antifaschismus/neue DVD: "Heimat, welcher Söhne bist du?"
10. Weitere Aktionen, Veranstaltungen, Kampagnen
11. Weitere Hinweise

zitiert:

"Von Fluchtursachen zu sprechen und ein Handelssystem zu ignorieren, das sich wie Krieg gegen die Armen auswirkt und wie jeder Krieg, Flüchtlinge proudziert, kann nur mit einer gestörten Selbst- und Fremdwahrnehmung erklärt werden. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen von heute sind ein Teppich für die Flüchtlinge von morgen."

(Dr. Boniface Mabanza, Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (Heidelberg) über die Freihandelsabkommen der EU mit Afrika)

(1) Dossier: Hände weg von der Mindestsicherung!

Bis zu 1000 Menschen demonstrierten am 2. März in Linz gegen die geplanten Kürzungen bei der Mindestsicherung. Wir haben hier ein Dossier mit wichtigen Beiträgen zu diesem Thema zusammengestellt

Nach dem Prinzip "Teile und herrsche" sollen benachteiligte Gruppen gegeneinander ausgespielt werden, um den Sozialstaat "zu einem Auslaufmodell" (EZB-Chef Mario Draghi) zu machen. Derzeit besonders im Visier der Sozialabbauer: die Mindestsicherung. In diesem Dossier bringen wir Beiträge vom Kampf gegen die geplante Kürzung der Mindestsicherung in Oberösterreich - und darüber hinaus.

[Bis zu 1000 Menschen demonstrieren für "Hände weg von der Mindestsicherung!"](#)

[Fotos](#) von der Demonstration "Hände weg von der Mindestsicherung!" am 2.3.2016 in Linz

Auszüge aus einigen Reden bei der Demonstration am 2.3.2016:

- Irmgard Schmidleithner: ["Herr Landeshauptmann, gönnen Sie auch Ihrem Nächsten ein Einkommen, von dem er leben kann."](#)
- Heinz Zauner: ["Endlich einmal frei von Angst leben"](#)
- Andrea Mayer-Edloey: ["EU steht Sozialstaat diametral entgegen"](#)
- Johann Linsmaier: ["Wer sind die nächsten?"](#)
- Gerald Oberansmayr: ["Lassen wir nicht zu, dass der Sozialstaat stranguliert wird!"](#)

[Hände weg von der Mindestsicherung!](#) Aufruf eines breiten Bündnisses zur Demonstration am 2.3.2016 in Linz

Strategie:

[Plan A, B, C und die Verteidigung der Mindestsicherung](#) , Offener Brief von Irmgard Schmidleithner an LH Pühringer

[Sozialstaat statt EU-Fiskalpakt](#) - Flyer der Solidarwerkstatt

["Ich bin sehr enttäuscht"](#) , Offener Brief von Hans Riedler an LH Pühringer

=> Hinweis: Die Bewegung **"Hände weg von der Mindestsicherung!"**, die von einem breiten Bündnis getragen wird, geht weiter.

Nächstes Treffen: Mi, 30. März 2016, 18 Uhr, Verein Migrare (Humboldtstraße 49, 4020 Linz)

(2) Verkehrspolitik: Demonstration VERKEHRSWENDE JETZT!



- **Lebensqualität und Klimaschutz brauchen Verkehrswende!**
- **Lebensraum für Menschen statt für Autos!**
- **Nicht länger stauen, Öffis ausbauen!**

Am Sonntag reden die politischen Verantwortlichen vom Klimaschutz, während der Woche wollen sie neue sündteure Megastraßen wie den Linzer Westring bauen. Dabei ist der Autoverkehr einer der größten Klimakiller in Österreich. Diese Verkehrspolitik ist ein schlechter Scherz! Kommt daher zu Demonstration der "Initiative Verkehrswende jetzt!" am **Freitag, 1. April 2016**, Treffpunkt: **16 Uhr**, Martin Luther Platz, 4020 Linz

anschließend Marsch durch die Landstraße, über die Nibelungenbrücke zum Neuen Rathaus.

Während in Sonntagsreden von der Politik in Oberösterreich der Klimaschutz beschworen wird, wird während der Woche der Bau neuer Megastraßen und Transitrouten durch den OÖ Zentralraum betrieben: **A26-Westring-Autobahn, Ostumfahrung von Linz, 10-spurige Voest-Brücke, Westspange Steyr**, uvm. Dabei gehört in Österreich der Auto- und Lkw-Verkehr zu den Hauptverursachern klimaschädlicher Abgase. Uns bleibt nur mehr wenig Zeit, um die dringend

notwendige Klimawende zu erreichen. Was wir sofort tun können: **Keine neuen Megastraßen und Transitrouten mehr bauen!** Alles andere ist völlig unverantwortlich gegenüber unseren Kindern und Kindeskindern!

Durch mehr Straßen werden Verkehrsprobleme nicht gelöst, sondern verschärft, denn: **Wer Straßen sät, wird Autoverkehr ernten!** Lärm, Schadstoffe, Feinstaub, Flächenverbrauch, Stau und Unfallgefahren verschlechtern unsere Lebensqualität, unwiederbringliche Natur- und Erholungsgebiete werden zerstört. Gleichzeitig werden für diese Megastraßenprojekte Milliarden Euros verschwendet, die für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der sanften Mobilität so dringend notwendig wären.

Wir sagen daher **NEIN zu diesen geplanten Megastraßenprojekten und Transitrouten** und treten stattdessen für eine umwelt- und menschenfreundliche Verkehrswende ein. Wir fordern die absolute Schwerpunktsetzung auf

- **Erhalt und Ausbau der Bahn für Personen- und Güterverkehr**
- **Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe**
- **Förderung des Radfahr-, FußgängerInnen- und eines attraktiven und leistbaren Öffentlichen Verkehrs**

Auch für staugeplagte PendlerInnen können dadurch gesunde, nerven- und umweltschonende Alternativen zum Auto geschaffen werden. Machen Sie mit / mach mit!

VERKEHRSWENDE JETZT!

Veranstalter: Initiative Verkehrswende jetzt!

www.verkehrswende-jetzt.at

Flyer, Plakat und Pickerl zur Bewerbung der Demonstration können bestellt werden bei office@solidarwerkstatt.at oder Tel. 0732/771094

Mithelfen bei der Bewerbung auch auf Facebook

<https://www.facebook.com/events/954184161315191/>

=> **Mi, 23. März 2016, 18 Uhr**

Treffen der INITIATIVE VERKEHRSWENDE JETZT!

Besprechung weiterer Aktivitäten für eine umweltfreundliche Verkehrswende in OÖ (sh.

www.verkehrswende-jetzt.at)

Ort: Veranstaltungsraum Waltherstraße 15, 4020 Linz (Ecke Steingasse)

(3) Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge! - Teil 4: Nein zum Krieg - Ja zur Neutralität!



Die Solidarwerkstatt beteiligt sich an der traditionellen **Antikriegs-Gedenkundgebung am 24. März 2016 am Wiener Stephansplatz** (ab 18 Uhr), **anlässlich des 17. Jahrestages des Beginns der NATO-Bombardements gegen die BR Jugoslawien**. Am 24. März 1999 begann das verheerende 78-tägige Bombardement, dem tausende Menschen zum Opfer fielen. Dieser Krieg gegen Jugoslawien reiht sich ein in eine Kette von Kriegen davor und danach, die die westlichen Großmächte und ihre Militärpakte NATO und EU geführt haben. Diesen Kriegen fielen seit Beginn der 90er Jahre bis zu neun Millionen Menschen zum Opfer und machten bis zu 28 Millionen Menschen zu Flüchtlingen.

Die Solidarwerkstatt beteiligt sich an der traditionellen [Antikriegs-Gedenkundgebung am 24. März 2016](#) am Wiener Stephansplatz (ab 18 Uhr), anlässlich des 17. Jahrestages des Beginns der NATO-Bombardements gegen die BR Jugoslawien. Am 24. März 1999 begann das verheerende 78-tägige Bombardement, dem tausende Menschen zum Opfer fielen. Dieser Krieg gegen Jugoslawien reiht

sich ein in eine Kette von Kriegen davor und danach, die die westlichen Großmächte und ihre Militärpakte NATO und EU geführt haben: mit Bombenkriegen, Militärinterventionen bzw. Embargos gegen Irak (ab 1991 und 2003), Afghanistan (ab 2002) und Libyen (2011); mit der Unterstützung von mörderischen Milizen in Zentralafrika (ab Mitte der 90er Jahre), fundamentalistischen Gotteskrieger in Syrien (ab 2011/12) und neofaschistischen Gruppierungen in der Ukraine (ab 2013/14) und nicht zuletzt durch eine Flut an Waffenexporten in die Golfdespotien und die Türkei, die die Krieg in Syrien und Jemen anheizen. EU und USA sind Weltmeister beim globalen Waffenexport.

Wer Krieg und Waffen exportiert, erntet Flüchtlinge

Diese Kriege wurden in unseren Medien als „humanitäre Interventionen“ verbrämt. „Humanitär“ ist an diesen Kriegen gar nichts. Tatsächlich ging und geht es um geopolitische Machtkämpfe, um die Ausbeutung wirtschaftlicher Reichtümer, die Durchsetzung neoliberaler Freihandelsverträge bzw. den Sturz von Regierungen, die nicht zur völligen Unterordnung unter die westlichen Großmächte und ihre Konzerne bereit sind. Diese Kriege haben unvorstellbares Leid angerichtet. Die Kriege in Irak, Jugoslawien, Zentralafrika, Afghanistan, Libyen, Syrien, Ukraine haben eine grauenhafte Blutspur hinterlassen. Ihnen sind insgesamt bis zu **9 Millionen Menschen zum Opfer gefallen**; sie haben diese Länder in Chaos und verheerende Armut gestürzt; bis zu **28 Millionen Menschen** sind durch diese Kriege **zu Flüchtlingen gemacht** worden, weil sie um ihr nacktes Leben fliehen mussten bzw. ihre Lebensgrundlagen zerstört wurden. Die wenigsten von ihnen sind nach Europa geflohen, die meisten von ihnen vegetieren in Ländern des Südens, die um ein Vielfaches ärmer sind als wir. Viele sind bei der Flucht ums Leben gekommen.

Durch die Hetze gegen Flüchtlinge wollen Politik und Medien davon ablenken, dass die Kriegs- und Ausbeutungspolitik der westlichen Großmächte die Hauptverursacher dieses Flüchtlingsleids sind. Wer sich vor den Karren der Mächtigen spannen lässt und seine Wut gegen Flüchtlinge statt gegen die Fluchtursachen richtet, kann bald selbst der/die Nächste sein, den/die diese Politik trifft. Denn diese Kriegspolitik kostet Unsummen von Geld, die bei Sozialleistungen und Bildung eingespart werden; diese Kriege werden für Aufrechterhaltung einer von extremer Ungleichheit geprägten Welt(un)ordnung geführt, die auch in den reichen Staaten des Nordens Millionen von Menschen arbeitslos und arm macht; diese Kriege werden von Militarisierung und Entdemokratisierung im Inneren begleitet, z.B. durch den Aufbau ausufernder Bespitzelungsapparate und die Entmündigung der gewählten Parlamente. Die EU-Mächtigen wollen nun die Folgen der von ihnen (mit-)angezettelten Kriege verstärkt nutzen, um weiter hochzurüsten:

- Mit dem EU-Vertrag von Lissabon (2009) wurde eine **militärische Beistandsverpflichtung** in den EU-Grundlagenvertrag aufgenommen, der die EU endgültig zu einem Militärpakt – ähnlich der NATO - gemacht hat. Nach dem Terroranschlag in Paris im November 2015 wurde zum ersten Mal diese Beistandsverpflichtung ausgerufen, um alle EU-Staaten arbeitsteilig in die verschiedenen EU-Kriegsschauplätze einzubinden – von Westafrika bis Syrien.

- Die EU-Kommission hat Ende 2015 einen Vorschlag vorgelegt, die „Grenzschutzagentur“ **FRONTEX massiv aufzurüsten** und ihr das Mandat zu geben, in EU-Staaten - auch gegen den Willen der Parlamente und Bevölkerungen in diesen Ländern - einzumarschieren, um deren „Grenzschutz“ zu übernehmen. Mit FRONTEX werden die vor Krieg und Verfolgung Flüchtenden bekämpft, um weiterhin Kriege für Vorherrschaft und Öl führen zu können, ohne durch deren Folgen belangt zu werden. Einflussreiche Strategiepapiere sehen FRONTEX bereits als nächsten Schritt zu einer EU-Armee. Das Ziel einer solchen Großmächts-Armee hat der EU-Geostratege James Rogers folgendermaßen umrissen: „Die EU muss ein Superstaat und eine Supernation werden, was sie dann wieder in die Lage versetzt, eine Supermacht zu werden“, die „ausländischen Regierungen das Fürchten lehrt“ (Group on a Grand Strategy, 2011). Also: Noch mehr Krieg und Gewalt, noch mehr (Flüchtlings-)leid!

- Auch die sog. **EU-Schlachtgruppen („Battlegroups“)** sollen weiter aufgerüstet werden, z.B. mit modernen Killerdrohnen. Diese Kampftruppen stehen jeweils in unterschiedlicher nationaler Zusammensetzung für ein halbes Jahr Gewehr bei Fuß, um auf Zuruf des EU-Rats innerhalb weniger Tage in einem Umkreis von 6.000 km um Brüssel zum Einsatz gebracht zu werden – dieser Einsatzradius reicht von Zentralafrika bis zum Kaukasus.

Über die EU ist Österreich in diese Kriegspolitik eingebunden. Im Rahmen der EU-Außen- und Sicherheitspolitik haben die österreichischen Regierungen die Aggressionspolitik gegenüber Irak,

Jugoslawien, Afghanistan, Libyen, Syrien, Ukraine, usw. abgenickt und auf vielfältige Weise unterstützt: durch eigene Truppen (z.B. in Bosnien, Kosovo, Afghanistan, Tschad, Mali, usw.), durch die Durchfuhr von EU- und NATO-Kriegsgerät; durch die Teilnahme an der EU-Rüstungsagentur und ihren Aufrüstungsprogrammen, durch Überflugs- und Durchführungsgenehmigungen für Truppen und Kriegsgerät. Österreich ist maßgeblich an FRONTEX beteiligt und die Regierung ist eifrig bemüht, Österreich zum EU-Battlegroups-Champion zu machen. Ab 1. Juli stehen im zweiten Halbjahr 2016 wieder hunderte österreichische SoldatInnen für EU-Kampfeinsätze Gewehr bei Fuß. Dann geht es Schlag auf Schlag: Weitere österreichische Battlegroups-Einsätze sind im 1. Halbjahr 2017, im 1. Halbjahr 2018, im 2. Halbjahr 2018 und im 2. Halbjahr 2020 vorgesehen. Das EU-Establishment drängt auf einen Ersteinsatz dieser Schlachtgruppen. Wann werden die ersten Zinksärge mit österreichischen Gefallenen zurückkommen?

Nicht in unserem Namen!

Diese Politik widerspricht der österreichischen Neutralität, die dazu verpflichtet, sich an keinen Kriegen und keinen Organisationen zu beteiligen, die der Vorbereitung und Durchführung von Kriegen dienen. Dazu haben wir uns verfassungs- und völkerrechtlich verpflichtet, das entspricht der Meinung der großen Mehrheit der österreichischen Bevölkerung. Durch die Teilnahme an der EU-Militarisierung macht die Regierung Österreich zum Mitverursacher von Krieg, Zerstörung und Flüchtlingsleid. Diese Politik geschieht nicht in unserem Namen!

Wir treten für ein neutrales Österreich ein, das das Mitmarschieren bei Kriegen verweigert und eine aktive Friedenspolitik betreibt, also sich auf internationaler Ebene für Abrüstung, friedliche Konfliktregelung und gegen ausbeuterische Freihandelsverträge engagiert.

Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge! Wir sagen Nein zum Krieg und Ja zur Neutralität! Mit der Unterordnung unter die EU-Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik ist das unvereinbar. Als erste Schritte, um diese Unterordnung zu beenden, fordern wir daher von Bundesregierung und Nationalrat:

- **Raus aus FRONTEX!**
- **Nein zur militärischen Beistandsverpflichtung!**
- **Keine Truppen für die EU-Battlegroups!**

Siehe auch Dossier: "Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge!"

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1445&Itemid=1

Antikriegs-Kundgebung:

Niemals vergessen - Von Jugoslawien zu Syrien!

Do, 24. März 2016

ab 18 Uhr, Stephansplatz, Wien

Nähere Infos:

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_extcalendar&Itemid=57&extmode=view&extid=975



(4) EU: Plan A, B, C und die Verteidigung der Mindestsicherung

Als im Sommer 2015 die eurolinken Phantasmagorien über eine sozialere und demokratischere EU, oder auch nur ein Ende der Austerität, nach dem griechischen Referendum zusammenkrachten, konnten wir hoffen, dass das linke komödiantische Treiben rund um das goldene Kalb EU ein Ende nimmt. Doch dann kam Varoufakis mit „Democracy in Europe Movement 25“ (DiEM25).

Das (euro-) linke komödiantische Treiben nimmt kein Ende

Als im Sommer 2015 die eurolinken Phantasmagorien über eine sozialere und demokratischere EU, oder auch nur ein Ende der Austerität, nach dem griechischen Referendum zusammenkrachten, konnten wir hoffen, dass das linke komödiantische Treiben rund um das goldene Kalb EU ein Ende nimmt. Immerhin wurde in einem Aufruf von „Europa neu begründen“, einem milieutypischen Dokument, bereits nach dem Wahlsieg Syriza im Jänner 2015 artikuliert, wenn eine Neuorientierung der EU nur nach einem Ausscheiden aus der Währungsunion möglich sei, *„werden die europäischen Institutionen für unvereinbar mit demokratischen Entscheidungen in den Mitgliedsländern erklärt.“*¹⁾

Varoufakis in Berlin

Doch dann kam der 9.2.2016. Der gescheiterte griechische Finanzminister Gianis Varoufakis verkündet in Berlin mit Mitstreitern aus 12 Ländern das „Democracy in Europe Movement 25“ (DiEM25). Es ist müßig, darüber zu spekulieren, woher das Gold stammt, das da nunmehr in ein neues Kalb gegossen wurde. Jede Menge klingende Namen, Toni Negri, James Galbraith, Srečko Horvat, sind da versammelt; aus Österreich ProponentInnen der „Europa anders“ Kandidatur, die 2014 mit einem Volksbegehren zum Angriff auf die letzten Reste genossenschaftlichen und kommunalen Bankwesens zugunsten der europäischen Finanzindustrie bliesen. Das Manifest selbst wurde, wie es sich für ein EU-Dokument gehört, in Hinterzimmern gekleistert, und so moniert der grüne EU-Abgeordnete Sven Giegold, dass nicht klar sei, wer eigentlich *„die vielen Änderungen in den verschiedenen Versionen des Manifests verlangt und wer entschieden hat...“*²⁾ Von Austerität, Massenarbeitslosigkeit und Eurokrise ist keine Rede mehr. Stattdessen fordert man live-streams von den EU-Ratssitzungen und vor allem eine verfassungsgebende Versammlung. Martin Höpner, Sozialwissenschaftler am Max-Planck-Institut, erklärt in einem hellsichtigen Blogbeitrag den Zusammenhang von Demokratie und Euroregime: *„Vor diesem Hintergrund ist es nur höchst konsequent, Verfahren zu errichten, die zum Ziel haben, das Fehlen transnationaler Lohnkoordination zu kompensieren, ja die Tarifautonomie der Sozialpartner in letzter Konsequenz zu brechen. Das ist der Preis des Euro..... Wenn der Euro denn verteidigt werden soll, seine Bestandsvoraussetzungen aber eklatant verletzt werden, solange die Euro-Teilnehmer Demokratien sind – dann ist es nur höchst konsequent, die Freiheitsgrade der Demokratien durch technokratische Interventionen immer weiter einzuschränken, bis hin zur faktischen Vollsuspendierung demokratischer Verhältnisse in den Krisenländern.“*³⁾

Bereits bei den Auseinandersetzungen um den EU-Reformvertrag und den EU-Fiskalpakt gab es von eurolinker Seite den Versuch, die nationalen Demokratien auszuhebeln, indem man eine europaweite Volksabstimmung forderte. Im österreichischen Fall ist es jedoch geradezu eine hintervotzige Art von NS-Wiederbetätigung, wenn man fordert 80 Millionen Deutsche mögen über die immerwährende Neutralität abstimmen, und so beließ man diese Phantasien in rechtlichen Grauzonen. Es ging mehr um die Hoffnung auf ein eurochauvinistisches Erweckungserlebnis, dessen Sog skeptische Kräfte in einzelnen Ländern hinwegspülen würde, wenn eine derartige Volksabstimmung in allen Ländern am gleichen Tag durchgeführt werde. Doch diese Hoffnung wurde bereits 1999 enttäuscht. Damals sprach der deutsche Kanzler Schröder anlässlich des Beginns der Bombardierung Jugoslawiens von einem *„europäische(n) Gründungsakt, der wie so oft nicht im Jubel, sondern im Schmerz“* geschehe.

DiEM25 geht da einen Schritt weiter. Von Volksabstimmungen, ob national oder EU-weit, ist überhaupt keine Rede mehr. Die verfassungsgebende Versammlung selbst *„wird die Befugnis haben, über eine künftige demokratische Verfassung zu entscheiden, die innerhalb eine Jahrzehnts die bestehenden europäischen Verträge ersetzen wird.“*⁴⁾ Man/frau traut seinen Augen nicht. In einem von Strippenziehern im Hintergrund erstellten Manifest wird ein europaweiter Verfassungsputsch gefordert und als demokratische Erneuerung verkauft. Was, wenn sich da im Ergebnis dann doch einzelne europäische Nationen verweigern? Wie geht man dann gegen diese vor? Genügt dann noch eine Troika mit ihren Memoranden oder benötigt man dann doch schon härtere Mittel? Wir müssten alarmiert sein, wäre das gesamte Manifest und seine ProtagonistInnen nicht so lächerlich. Martin Höpner bringt es auf den Punkt, wenn er in einem facebook-Eintrag schreibt: *„Was von DiEM25 bleiben wird ... sind Forderungen nach Livestreams von Sitzungen des Rats und ähnlicher Unfug.“*

DiEM25 eigentlicher Zweck: ein Begräbnis für Plan B

Der eigentliche Zweck der Krawallveranstaltung in Berlin war, einer ernsthaften Initiative, die sich im Herbst 2015 rund um Oskar Lafontaine, Luc Melenchon, Stefano Fassina, u. a. herausgebildet hat,

der so genannten „Plan B Initiative“ den Boden unter den Füßen zu entziehen. *„Neben den südlichen Krisenländern durchlaufen auch Italien und Frankreich einen rasanten Prozess der Deindustrialisierung. ...Wir müssen uns der Einsicht stellen, dass eine progressive Rettung des Euros keine Chance auf Verwirklichung hat...Aus diesem Grund müssen wir den Euro selbst zur Disposition stellen... Der Übergang in ein anpassungsfähiges Wechselkurssystem würde die Wechselkurse von den erratischen Ausschlägen der Finanzmärkte schützen, seinen Teilnehmern aber gleichzeitig die Möglichkeit von Auf- und Abwertungen eröffnen und eine auf die jeweiligen Problemlagen passende Geldpolitik erlauben.“*⁵⁾, heißt es im Aufruf vom Herbst 2015. Martin Höpner sieht vier Gründe, die für ein erneuertes Europäisches Währungssystem sprechen, wobei der Titel seines Beitrags gewisse Selbstzweifel offen anspricht.⁶⁾ Zum Ersten das EWS existiert bereits, findet aber zur Zeit nur im Verhältnis von Euro und dänischer Krone Anwendung. Zum Zweiten, die Wirkungen der Wechselkursanpassungen lassen sich, entgegen neoliberaler Märchenerzählungen überprüfen. Zum Dritten, setzt sich damit die Plan B – Initiative deutlich von neoliberaler Eurokritik ab, die einzig im freien Spiel der Marktkräfte auf den Finanzmärkten, das Heil sucht. Zum Vierten wäre es kein Zurück in die „nationale Wagenburg“.

Bei Drittens und Viertens geht es um entscheidende ideologische Fragen, die einer eingehenden Untersuchung bedürfen. Skepsis ist auch bezüglich Erstens und Zweitens angebracht. So kommt Klaus Dräger, auch in Reflexion der Erfahrungen der ersten Regierung Mitterrand im Frankreich der frühen 80er Jahre zum Resümee: *„Insofern: ein erneuertes EWS propagieren – ja. Aber reale und absehbare weitere Krisenentwicklungen könnten auch dazu führen, dass vor allem von Linksbündnissen geführte EU-Länder daraus ausscheren müssten. Sofern sie ihr Programm umsetzen wollten, mit dem sie demokratische Wahlen gewannen.“*⁷⁾ Aber das weiß auch Martin Höpner, wenn er zum Schluss kommt: *„Andererseits waren, sind und bleiben die europäischen Produktions- und Verteilungsregime samt ihrer Inflationsdynamiken zu heterogen, als dass diese Stabilisierung frictionslos und vor allem dauerhaft gelingen könnte.“*⁸⁾ Der Nutzen der Plan B-Initiative ist m. E. ein politischer. Ein erneuertes EWS ist ein geeignetes Verhandlungsinstrument in den Händen entschlossener emanzipativer Kräfte. Die Betonung liegt hier auf dem Adjektiv „entschlossen“. Es bedeutet nichts weniger als die Bereitschaft, mit dem Euroregime zu brechen, auch wenn der Verhandlungsgegner nicht bereit ist, auf die Ausgestaltung eines EWS einzusteigen. Das berührt auch die Frage eines Austritts aus der EU. Natürlich ist die Frage berechtigt, wie so etwas durchgeführt werden soll. Weder die Einführung eines EWS noch der EU-Austritt können jedoch im Sinne eines Fahrplans autonom definiert werden. Sie können das Ergebnis härtester Konfrontation und Brüche, sowohl mit den Eliten im Innern als auch mit den äußeren hegemonialen Kräften, wie das Ergebnis eines Verhandlungskonsenses sein.

Aus dieser Perspektive hätte Plan B, bzw. ein erneuertes EWS, bedeutend gewichtigere Bedeutung für Frankreich, vor allem aber auch für eine österreichische EU-Austrittsbewegung, als für die südeuropäische Peripherie. Die Erosion französischer Hegemonie korreliert unmittelbar mit der Einbindung Österreichs bei der Entfaltung der deutschen Hegemonie in Europa. Griechenland, Portugal, ja selbst Spanien ist aus der deutschen Perspektive ein Nebenschauplatz. Das benennt die wesentlichste Schwäche der Plan B-Initiative: sie suggeriert, in Anlehnung an die Ideologeme der herrschenden Eliten, der Euro sei der Kern des europäischen Projekts. Die wesentlichste Auswirkung eines Austritts Griechenlands aus der Eurozone für die Menschen in Griechenland wäre die Wahrnehmung der Tatsache, dass sie keine Deutschen sind. Punkt. Polen mit seinen 38 Mio EinwohnerInnen, Tschechien, Österreich mit seiner historischen Stellung in Mittel-, Osteuropa ist von wesentlich zentralerer Bedeutung für die deutsche hegemoniale Entfaltung. Der wirkliche Grund für das Festhalten der südlichen Peripherie am Euro ist chauvinistischer Natur. Man will entgegen der wirtschaftlichen Fakten dazugehören zum Klub der Reichen und Schönen. Das ist verständlich schafft aber umgekehrt entwürdigende Abhängigkeiten. Dieser entwürdigenden europäischen Kastengesellschaft kann im Rahmen des Euroregimes nicht begegnet werden. Frederic Heine und Thomas Sablowski haben in einem Beitrag 2015 darauf aufmerksam gemacht: *„Demnach ist der Anteil der Eurozone an den deutschen Exportzielen von 42,7% im Jahr 2008 auf nur noch 36,4% im Jahr 2014 gesunken. Die Krisenländer, auf die 2008 noch 12,9% der deutschen Exporte entfielen, haben dabei als Markt am stärksten an Bedeutung verloren und absorbieren nur noch 9,5% aller deutschen Exporte.“*⁹⁾

Umgekehrt ist in Bezug auf Mittel- u. Osteuropa die deutsche Importstatistik bemerkenswert: 2014 kommen 20,4% aller Importe Deutschlands aus den MOEL-Staaten, die jährliche Wachstumsrate beträgt 5%. Für Frankreich betragen die gleichen Zahlen 8,6% und 1%.⁹⁾ Die Frage, ob sich diese Relationen durch die französische Rätätätä-Politik in Libyen, Syrien oder Nordafrika verändert hat, ist

zynisch. „Der Unterschied ist, dass Deutschland die Importe aus den Krisenländern durch Importe aus anderen Ländern ersetzte,.. die peripheren europäischen Länder stärker unter einer neuen Konkurrenz im Segment der Produkte mittlerer technologischer Komplexität litten – namentlich aus China und Osteuropa – und ihre Anteile an diese verloren. Deutschland, in der Hierarchie des Weltmarkts am oberen Ende, konnte hingegen seine komplexen Produkte weiterhin sowohl in der Eurozone als auch global veräußern.“, resümieren Heine und Sablowski. 9) So berühren maues Wirtschaftswachstum und Eurokrise die deutsche Exportmaschine kaum. Die Wiener Zeitung berichtet am 9.2.2016 online: „Deutschlands Exporteure haben 2015 alle Rekorde gebrochen. Waren im Gesamtwert von Eur 1195,8 Mrd gingen ins Ausland... Die Bestmarke aus dem Vorjahr wurde nochmals um 6,4% übertroffen,...Die Handelsbilanz,..., schloss mit einem Rekordsaldo von 247,8 Mrd. Euro.“¹⁰⁾ Österreich liegt im Schlepptau, trotz Leitls Gemosere vom abgesandelten Wirtschaftsstandort: „2015 war ein Rekordjahr für die heimische Exportwirtschaft. Der Außenhandelsüberschuss liegt bei 11 Milliarden Euro“¹¹⁾ Der Wert der Exporte der österreichischen Wirtschaft beträgt 2015 stolze 184 Mrd Eur. Das Wachstum wurde vor allem in den USA, Mexiko, Polen und Tschechien erzielt, während sie gegenüber Frankreich um 11% zurückgingen.

Heine und Sablowski berühren in ihrem Beitrag eine Erkenntnis, deren Eingang in den Fundus angenommener Voraussetzungen im kritischen Diskurs vielfach suspendiert wurde: nämlich, „dass der Weltmarkt keineswegs eine homogene Entität ist, in der alle Unternehmen aller Länder auf gleicher Ebene miteinander konkurrieren. Der Weltmarkt ist auf vielfache Weise fraktioniert.“¹²⁾ Dass der Weg der inneren Abwertung kein Weg aus der Krise für die südlichen Krisenländer ist, kommt in der Tatsache zum Ausdruck, dass „der Überschuss Deutschlands gegenüber den Krisenländern (...) sich auf nahezu null reduziert. (hat)...(Eine Folge) in erster Linie einer Kontraktion der Importnachfrage (die Frankreich viel härter getroffen hat, Anm. B.L.)“¹³⁾ So kam es trotz der enormen Lohnsenkungen in Griechenland zu einer Verlagerung von Unternehmen aus Griechenland nach Bulgarien, einem Nichteuroland. Die Autoren kommen zum Schluss: „Es ist keineswegs notwendigerweise im aufgeklärten Eigeninteresse der Herrschenden in Deutschland, die wirtschaftliche Entwicklung und damit die Nachfrage in den Staaten Südeuropas zu fördern. Im Gegenteil profitiert Deutschland zu einem gewissen Grade von der rezessiven Entwicklung der EU. Die Schwäche des Euro verhilft zu einem kleinen Wettbewerbsplus,... da aber Frankreich und die Krisenländer einen viel größeren Anteil ihres Handels mit der Eurozone abwickeln, bleibt Deutschland der Hauptnutznießer des niedrigen Euro-Außenwerts.“¹⁴⁾

Das Gerede von der nationalen Wagenburg

All diese Überlegungen sprechen dennoch nicht dagegen, Plan B, bzw. ein erneuertes EWS als Verhandlungsoption in Stellung zu bringen. Sie sollen dazu anregen, ihn richtig in Stellung zu bringen. Das Argument, Plan B sei „kein Zurück in die nationale Wagenburg“ ist aus dieser Perspektive nicht nur überflüssig, sondern der Steigbügel für Varoufakis Scharlatanerie. Es kommt darauf an, das Gerede von der „nationalen Wagenburg“ als das zu enttarnen, was es ist: Kein Argument, sondern eine Erpressung.

Weder die Forderung nach Auflösung der Währungsunion noch die Forderung nach Austritt aus der EU haben irgendetwas mit der Sehnsucht nach einer nationalen Wagenburg zu tun. Die Wagenburg ist nichts anderes als die Drohung der hegemonialen Mächte, wie mit einem unbotmäßigen Staat umgegangen wird. Es ist die Drohung ihn zu isolieren, ihn abzuwürgen, die ihn gefügig machen soll. Ebenso ist das Gerede vom „Rückfall in den Nationalismus“ unsinnig. Man kann nicht zurückfallen in etwas, was gar nie verlassen wurde. Was auf den Bildern aus Athen nach dem Referendum vom 5.



Juli 2015 ins Auge stach, waren doch die Unmengen an griechischen Fahnen, mit denen die Menschen ihren kollektiven Willen unterstrichen. Das im linksliberalen Eurodiskurs gepflegte Theorem von der Überwindung des Nationalismus durch die EU-Integration ist der Versuch einer eleganten Umschreibung der Tatsache, dass man die Bindung der eigenen Politik an die Interessen und Haltungen der Mehrheit der Menschen überwunden hat.

Das Europagedusel der linksliberalen

Schickeria hat nichts zu tun mit einer Überwindung des Nationalismus, sondern ist die Hoffnung chauvinistische Grundhaltungen auf eine europäische Ebene heben zu können. Die aktuelle Flüchtlingskrise hat das unmittelbar sinnlich vor Augen geführt. Der Ruf nach „no border, no nation!“ hat einer Politik die Tür geöffnet, mit der das nationale Asylrecht ausgehebelt wird, um vice versa eine Festung Europa zu errichten. In dieser Frage kann es kein taktisches Wegducken geben. Freilich muss jegliche Form nationalistischen, ethnizistischen Chauvinismus im Geiste eines Internationalismus überwunden werden. Wenn wir aber darum kämpfen, dass die Arbeitenden, die Ausgestoßenen, die an den Rand gedrängten wieder zu Subjekten der Geschichte werden, kann dies nur ausgehend von den historisch gewordenen Nationalstaaten geschehen. Die antinationale Phrase ist der Versuch einer innerlich ausgehöhlten linken Ideologie, das Überleben als dienstbarer Geist der herrschenden Eliten zu sichern. Sie ist ein Angriff auf das Politische schlechthin in der irrigen Annahme, der Staat, die Politik sei den ökonomischen Verhältnissen aufgepoppt. Diese Auseinandersetzung muss in aller Entschiedenheit geführt werden, wenn wir um gesellschaftliche Emanzipation streiten wollen. Wenn wir damit nicht beginnen, werden wir noch viele DiEM25 erleben. Hans Rüdiger Minow hat es in einem Interview auf den Punkt gebracht: *„Aber auch der Austritt aus dem Euro ist keine Perspektive, wenn die sozialpolitischen und geostrategischen Fundamente dieselben bleiben. Überstaatliche Verschmelzungen in einem föderalen Bundesstaat EU bringen weder Frieden noch soziale Gerechtigkeit, solange das Grundübel, die Gesamtrationalisierung des Kontinents, unangetastet bleibt.“*¹⁵⁾

Die Verteidigung der Mindestsicherung

Klaus Dräger stellt die Frage: *„Glauben die auf der Pariser Plan B Konferenz versammelten Kräfte daran, es ließe sich eine europäische oder nationale Massenbewegung für ein ‚neues EWS‘ erzeugen? Vermutlich nicht. Für Erwerbslose, Arme, ArbeitnehmerInnen und selbst die Mittelschichten sind Fragen nach einem anderen Währungsregime in Europa allein zu komplex und von ihrer Lebenswirklichkeit soweit entfernt, dass sie solche Alternativen bestenfalls in den Grundzügen (und eher auf einer sozialen Werteebene) nachvollziehen und bewerten würden.“*¹⁶⁾ In Österreich erleben wir zur Zeit heftige Angriffe auf die Mindestsicherung. Die Angriffe begannen bereits vor der aktuellen Flüchtlingskrise. Mit dieser ist es der extremen Rechten gelungen, den Angriffen auf die Mindestsicherung einen ethnizistischen Drall zu verleihen. Die herrschaftlichen Bemühungen um die Schaffung eines Niedriglohnsektors wird von der extremen Rechten übernommen, indem sie gegen die Schwächsten gewendet wird. Es droht eine gesellschaftliche Spaltung. Die rechtsextreme Propaganda hat den Zusammenhang der Angriffe auf die Mindestsicherung mit der neoliberalen EU-Agenda fast vollständig überdeckt. Wenigen, die dagegen aktiv werden, ist bewusst, dass es ihn überhaupt gibt, und allzu wenige tragen dazu bei, dass er bewusst wird. Austerität sei eine Veranstaltung in den Krisenländern der südlichen Peripherie und nicht im Zentrumsland Österreich.

Es erfordert taktisches Geschick diesen Zusammenhang zur Sprache zu bringen, ohne den Eindruck zu erzeugen, den Menschen werde etwas aufs Auge gedrückt. Franz Stephan Parteder ist recht zu geben, wenn er in einem Debattenbeitrag formuliert: *„Wir müssen darum kämpfen, dass es den Herrschenden immer schlechter gelingt, ihren Zorn über die Verhältnisse auf noch Ärmere abzulenken. Diese Auseinandersetzung können wir nur bei uns, in den Gemeinden, in den Betrieben, wir können sie nur vor Ort führen. Es geht darum, in Bewegungen aktiv zu sein und dort einen Lernprozess über die grundlegenden Widersprüche in unserer Gesellschaft einzuleiten. Jede positive Veränderung der Kräfteverhältnisse wird dabei auch auf die europäische Ebene wirken.“*¹⁷⁾ Die aktuelle Auseinandersetzung um die Mindestsicherung lässt in diesen Überlegungen jedoch eine große Leerstelle, eine klaffende Lücke, sichtbar werden. Wir können auf europäischen Konferenzen Plan A, B oder C entwerfen. Wir können in Betrieben und Gemeinden den Widerstand organisieren. Entschieden wird im österreichischen Fall in wesentlichen politischen Fragen nach wie vor in Wien. Wir brauchen ein nationales Projekt zum Ausstieg aus dem EU-Konkurrenzregime.

Boris Lechthaler
(März 2016)

Quellen:

1) www.europa-neu-begrunden.de

2) Birgit Baumann „der Standard“, 9.2.2016

3) Martin Höpner (www.flassbeck-economics.de/diem25-was-helfen-uns-jetzt-die-vereinigten-staaten-von-europa?)

4) zitiert nach 3)

5) Europa braucht einen „Plan B“, gemeinsame Erklärung v. Herbst 2015, www.euroexit.at

6) Martin Höpner: Voran in ein erneuertes Europäisches Währungssystem – und alles wird gut?, www.flassbeck-economics, 3.2.2016

7) Klaus Dräger: „Krise der Weltwirtschaft, erneute Eurokrise: Ein Plan B für Europa?“

8) siehe 6)

9) Frederic Heine und Thomas Sablowski, Zerfällt die europäische Union? Prokla, Verlag Westfälisches Dampfboot, Heft 181, 45. Jg. 2015, Nr. 4, 563-591

10) Wiener Zeitung online, 9.2.2016

11) Wiener Zeitung online, 22.2.2016

12, 13, 14) siehe 9)

15) www.german-foreign-policy.com, 26.1.2016

16) siehe 7)

17) Franz Stephan Parteder, eh. Vors. Der KPÖ-Steiermark (12.2.2016), www.euroexit.at

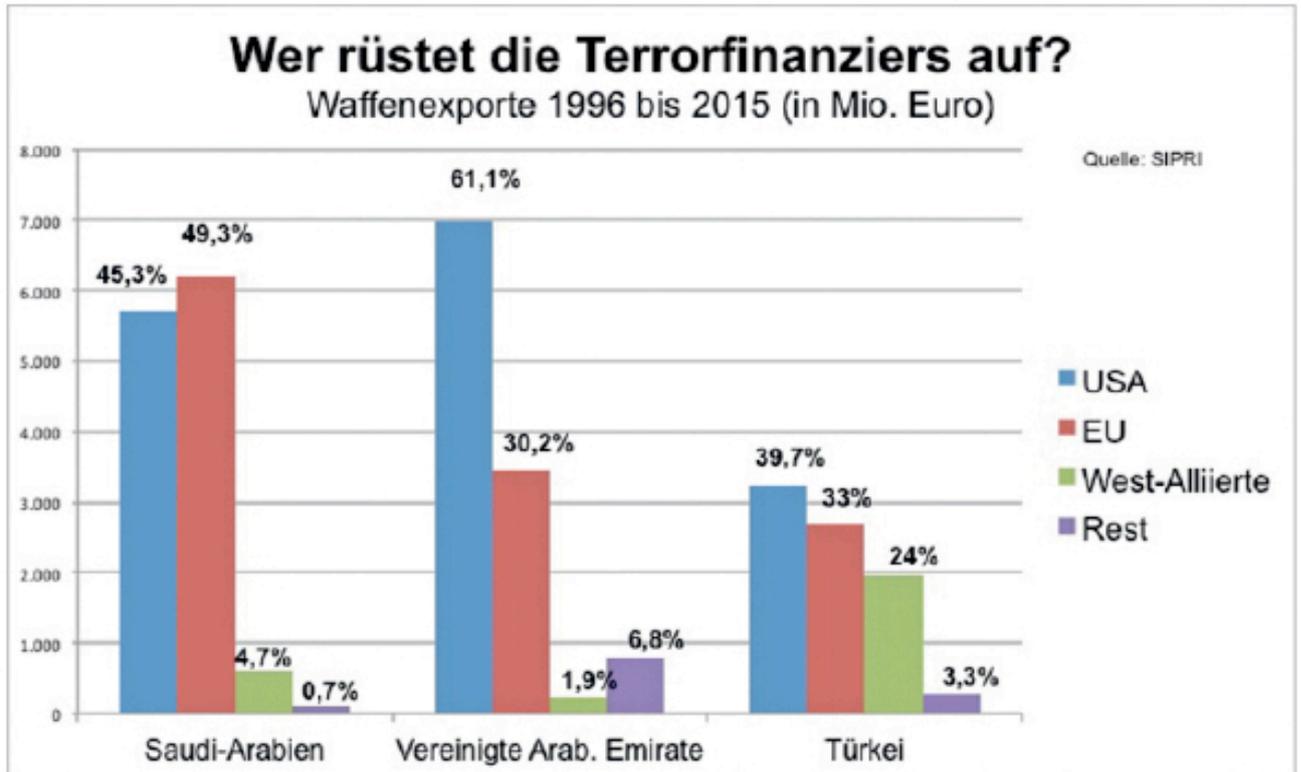


(5) Stoppt den Krieg: **"Unser Schweinehund"**

Neue Zahlen belegen: EU und USA rüsten jene Staaten auf, die ihrerseits jihadistischen Terrorgruppen mit Waffen versorgen. Der deutsche Außenminister lobbyiert im Syrien-Krieg offen für eine Gruppierung, die selbst von deutschen Behörden als *"terroristische Vereinigung"* bezeichnet wird.

Es gibt eine völlig unverdächtige Quelle dafür, wer die jihadistischen Terrorgruppen in Syrien finanziert und aufgerüstet hat: den US-amerikanischen Vize-Präsidenten Joe Biden. Bei einem Vortrag an der Harvard-Universität im Herbst 2014 nahm sich Biden kein Blatt vor den Mund: *„Saudi-Arabien, die Vereinigte Arabische Emirate und die Türkei waren so entschlossen, Assad zu stürzen und einen sunnitisch-schiitischen Krieg zu führen, – was also taten sie? Sie schütteten jeden, der gegen Assad kämpfen wollte, mit Hunderten Millionen Dollar und Dutzenden, ja, Tausenden Tonnen Waffen zu. Allerdings belieferten sie auch Leute von al-Nusra und al-Qaida und die extremistischen Elemente der Jihadisten aus allen Teilen der Welt“* (1). Bekanntlich kam es dadurch auch zum Aufstieg des „Islamischen Staats“ (IS), der sich u.a. aus al-Qaida rekrutierte. Biden hat allerdings vergessen zu erwähnen, wer seinerseits diese Terrorfinanzier-Staaten mit Waffen beliefert. Anhand der jüngst veröffentlichten Waffenexportstatistiken des Stockholmer Konfliktforschungsinstituts SIPRI können wir diese Leerstelle füllen (sh. Grafik). Die Antwort ist erschütternd einfach: Auf die USA, die EU bzw. die mit den westlichen Großmächten eng verbündeten Staaten (z.B. Süd-Korea, Israel,...) entfallen in den letzten 10 Jahren zusammen (sh. Grafik):

- 99,3% der Waffenexporte an die Vereinigten Arabischen Emirate
- 93,2% der Waffenexporte an Saudia-Arabien
- 96,7% der Waffenexporte an die Türkei.



Aufschlussreich, dass die EU-Staaten an erster Stelle bei den Waffenexporten nach Saudi-Arabien liegen. Saudi-Arabien ist eine der brutalsten Diktaturen, die Ideologie des „Islamischen Staates“ ist dort Staatsdoktrin – von der Entrechtung der Frauen bis zum Abhacken von Gliedmaßen und öffentlichen Massenentauptungen. Auch Österreich liefert Waffen nach Saudi-Arabien und andere Nah-Ost-Diktaturen. Ermöglicht wurde das durch die extreme Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes infolge des EU-Beitritts. Durch zweimalige Novellierungen – zuletzt unter der schwarz-blauen Regierung im Jahr 2002 - wurden alle neutralitätspolitischen Vorbehalte in Bezug auf die Aus-, Ein- und Durchfuhr von Kriegsmaterial aus dem Gesetz eliminiert. Das macht es möglich, dass deutsche Rüstungskonzerne wie die Rheinmetall AG in Österreich produzierte Waffen nach Saudi-Arabien liefern können, die dort zur Niederschlagung von Aufständen eingesetzt werden (sh. [Offener Brief](#)).

Steinmeier lobbyiert für „terroristische Vereinigung“

Dabei unterstützen die westlichen Großmächte die unterschiedlichen Jihad-Fraktionen durchaus nicht nur indirekt über Waffenlieferungen via Saudi-Arabien, VAE und Türkei. Sie machen sich auch politisch für diese Gruppierungen stark. Zuletzt forderte etwa der deutsche Außenminister Steinmeier kategorisch, die Islamisten-Miliz „Ahrar al Sham“ an den Friedensgesprächen über die Zukunft Syriens zu beteiligen. Sein Versuch, diese Gruppierung als „moderate Opposition“ zu verkaufen, wird von deutschen Behörden selbst widerlegt. So wurde 2015 vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht vier Männern der Prozess wegen Unterstützung von Ahrar al Sham gemacht. Der Prozess erhellte, dass Ahrar al Sham eng mit dem al-Qaida-Ableger al-Nusra beim Krieg im Syrien kooperiert. Die deutsche Bundesstaatsanwaltschaft bezeichnet sie als „terroristische Vereinigung“, Mitarbeiter des Bundeskriminalamts der Organisation attestieren eine *„klassisch terroristische Kampfführung“* (2). Nach Erkenntnis des deutschen Bundesgerichtshofs will Ahrar al Sham *„eine Gesellschaftsordnung unter dem Gesetz der Scharia“* errichten, strebe *„einen islamischen Staat über die Grenzen des heutigen Syriens“* an und urteilt weiter: *„Eine politische Lösung des Konflikts lehnt die Organisation ab, der bewaffnete Kampf wird als einzige Möglichkeit angesehen. Das politische System des zu schaffenden Staates soll auf der Basis der Scharia autoritär geprägt sein, Säkularismus und Demokratie sieht die „Ahrar al Sham“ als Übel an, die in ihrem Staat keinen Platz hätten.“* (3)

Es ist nicht anzunehmen, dass Steinmeier diese Erkenntnisse deutscher Behörden, die im Internet nachzulesen sind, nicht kennt. Doch auch in Berlin und Brüssel gilt, was seinerzeit US-Präsident

Eisenhower über einen lateinamerikanischen Diktator äußerte: „*Sicherlich ist er ein Schweinehund, aber er ist unser Schweinehund.*“

Gerald Oberansmayr
(11.3.2016)

Quellen:

- (1) <https://www.youtube.com/watch?v=SO7jzc7faY>
- (2) Steinmeier und das Oberlandesgericht, in: www.german-foreign-policy.com, 28.1.2016
- (2) Beschluss des deutschen Bundesgerichtshofes, BGH AK 10/15, 19. Mai 2015

Siehe auch Dossier: "**Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge!**"
http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1445&Itemid=1

(6) Freihandelsabkommen: TTIP, CETA, TiSA - EU-Kommission am Gaspedal

Lange war es auffallend ruhig um die geplanten Freihandelsabkommen, seit Jänner nehmen die Verhandlungen bei TTIP, CETA und TiSA aber rasant Fahrt auf.

TTIP - Weiter Klagsprivileg für Transnationale Konzerne

Ende Februar 2016 ging die 12. Verhandlungsrunde über TTIP in Brüssel zu Ende, geplant ist, die Verhandlungen über dieses Freihandelsabkommen mit Jahresende abzuschließen.

Erstmals lagen dabei auch die EU-Vorschläge zur Reform des umstrittenen Investorenschutzes auf dem Tisch. Aufgrund heftiger Proteste gegen die geplanten Sonderklagerechte für Konzerne (ISDS) hat die EU-Kommission Teile davon „entschärft“. Das Schiedsverfahren in TTIP soll durch ein ICS (Investment Court System) ersetzt werden. Beim ISDS (Investor-state dispute settlement) können sich klagewillige Konzerne selbst Schiedsrichter suchen, die dann mit den Vertretern der beklagten Staaten hinter verschlossenen Türen verhandeln.

Beim ICS wäre ein fixes Gremium von Schiedsrichtern vorgesehen, die über richterliche Erfahrung verfügen und nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden. Anders als bisher ist auch eine Berufungsmöglichkeit gegen die Schiedssprüche geplant. Der deutsche Richterbund stellte dennoch Anfang Februar unmissverständlich klar, dass das ICS nicht mit einem ordentlichen Gericht zu vergleichen ist. Es bleibt ein Sondergericht und Klagsprivileg für transnationale Konzerne.

Darüber hinaus soll eine „Regulierungsklausel“ unterstreichen, dass Staaten das Recht haben, Gesetze und Regulierungen im Interesse des Allgemeinwohls zu verabschieden. Klingt gut, ändert aber nichts an der Tatsache, dass Konzernen trotzdem ein privilegierter Investitionsschutz zugestanden wird.

Wechselseitige Deregulierung von Agrar- und Finanzsektor

Diese Vorschläge der EU-Kommission liegen nun dem US-amerikanischen Verhandlungsteam vor, inwieweit sie auch akzeptiert werden ist noch völlig offen. Ein wesentlicher Inhalt von TTIP ist der Abbau von Zöllen. In fast allen Bereichen haben sich die Verhandlungspartner genähert. Die restlichen 3% betreffen schwierige Themen wie das der landwirtschaftlichen Produkte. Amerika ist bereit, den Beschaffungsmarkt zu öffnen, wenn im Gegenzug Europa den Agrarsektor für US-Firmen öffnet. Der grüne EU-Abgeordnete Michel Reimon warnt diesbezüglich: „*Die europäische Landwirtschaft zahlt den Preis für das Aufbrechen des Industrie- und Finanzsektors in Amerika.*“ Denn: Die US-Agrarkonzerne drängen auf den noch besser geschützten europäischen Lebensmittelmarkt, und die EU-Finanz- und Industriekonzerne wollen über TTIP den strenger regulierten US-Finanzsektor bzw. öffentlichen Beschaffungsmarkt knacken.

Bis zum Juli sind noch zwei Verhandlungsrunden angesetzt, dazwischen wird es technische Beratungen geben. Dabei geht es um die Angleichung von Zulassungs-, Qualitäts- und

Sicherheitsstandards, die sich oftmals gravierend unterscheiden.

CETA – Sonderrechte für Konzerne bleiben

Nun hat die EU-Kommission den finalen Text des Freihandelsabkommens mit Kanada veröffentlicht. Die beiden Vertragspartner einigten sich darauf, das viel kritisierte ISDS durch das ICS zu ersetzen. Der Vertrag ist jetzt fertig ausverhandelt, weitere Verbesserungen sind nicht mehr vorgesehen. Michel Reimon meint dazu: *„Ein Investitionsgerichtshof macht die Prozesse zwar transparenter – das Grundproblem bleibt jedoch bestehen. Großkonzerne bekommen Sonderrechte außerhalb der Rechtssysteme der Länder und können sie ihren Interessen entsprechend klagen. Umweltschutz und Sozialstandards in der EU werden erschwert und sind massiv bedroht“*. Da nun nur noch die Zustimmung der 28 Mitgliedstaaten und die des Europaparlaments fehlen, findet die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström optimistische Worte: *„Wir sind zuversichtlich, dass CETA 2016 unterschrieben und 2017 in Kraft treten wird“*.

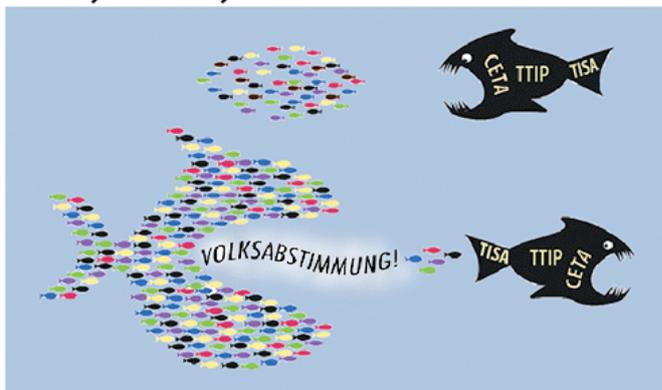
TiSA – Marktfreigabe für Dienstleistungen

Anfang Februar 2016 hat sich das EU-Parlament auch mit dem Dienstleistungsabkommen TiSA beschäftigt und eine Resolution dazu verabschiedet. Diese enthält zwar einige Forderungen und Verbesserungsvorschläge, ob die EU-Kommission darauf hören wird, ist allerdings höchst ungewiss. Die Mehrheit der EU-Parlamentarier stimmte nämlich gegen den Antrag, die Kommission entsprechend der Parlamentskritik zu verpflichten, ihr Verhandlungsmandat und damit ihre Verhandlungsstrategie zu ändern. Somit ist diese Resolution zahnlos und nicht mehr als ein erhobener Zeigefinger. Auch die Forderung, nur jene Dienstleistungen zu liberalisieren, die ausdrücklich benannt werden (Positivliste), fand keine Mehrheit im EU-Parlament. Somit käme es bei in Kraft treten von TiSA zu einer Marktfreigabe für alle bestehenden und zukünftigen Dienstleistungen, wenn sie nicht explizit im Vertrag davon ausgenommen wurden (Negativliste).

Auch bei TiSA steht die Kommission am Gaspedal. Bezüglich Abschluss der Verhandlungen schreibt die Presse am 4.2.2016: *„Die Kommission geht davon aus, dass das Abkommen bis Ende des Jahres beschlossen wird.“*

Fairhandel(n) statt Frei(?)handel

Für eine Volksabstimmung über TTIP, CETA, TISA & Co!



Die einzige realistische Möglichkeit, diese und ähnliche Freihandelsabkommen zu verhindern, besteht darin, von der österreichischen Regierung [verbindliche Volksabstimmungen](#) darüber zu fordern!

Susanne Müller

Nähere Informationen zur Petition für eine Volksabstimmung über Freihandelsverträge hier:

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1128&Itemid=86

=> **EPA: „Ein Handelssystem, wie Krieg gegen die Armen“**

Vortrag und Diskussion mit **Dr. Boniface Mabanza** (Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika, Heidelberg)

zum European-Partnership-Agreement (EPA) - dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und 48 afrikanischen Staaten

Linz: Di, 7. 6. 2016, 19:00 Uhr, Cardijn-Haus, Kapuzinerstraße 49, 4020 Linz

Wien: Mi, 8. 6. 2016, 19:00 Uhr, Gudrunstraße 133, 1100 Wien

(7) Offener Brief: Kein Platz für Rheinmetall in (Ober-)Österreich!

Im oberösterreichischen Rüstorf/Schwanenstadt produziert Rheinmetall, einer der größten deutschen Rüstungskonzerne, Kriegsmaterial für Armeen und Mächte, die maßgeblich für das aktuelle Kriegs- und Flüchtlingsleid verantwortlich sind. In einem Offenen Brief an die politisch Verantwortlichen im Bund und Land fordert die Solidarwerkstatt: "Kein Platz für Rheinmetall in (Ober-)Österreich!"

Solidarwerkstatt Österreich
Waltherstraße 15
4020 Linz

An
Nationalrats-Abgeordnete und Bundesregierung
Landtagsabgeordnete und Landesregierung OÖ

OFFENER BRIEF

Kein Platz für Rheinmetall in (Ober-)Österreich!

Im oberösterreichischen Rüstorf/Schwanenstadt produziert die Rheinmetall AG Granaten. Rheinmetall ist einer der größten deutschen Rüstungskonzerne. Rheinmetall rüstet die EU- und Nato-Armeen auf, die in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, usw. mit ihren Interventionskriegen unvorstellbares Leid und Zerstörung verursacht haben. Rheinmetall exportiert Waffen in die Kriegsgebiete dieser Welt, insbesondere an die diktatorischen Regime im Nahen Osten, die maßgeblich für die Eskalation des Syrienkrieges verantwortlich sind, dem bereits hunderttausende Menschen zum Opfer gefallen sind und der Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht hat. Medienberichte haben vor Kurzem aufgezeigt, dass die Streitkräfte Saudi-Arabiens Kriegsgerät, das von Rheinmetall in Oberösterreich produziert wurde, zur Niederschlagung von Aufständen eingesetzt haben.

Wir wollen eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik; wir wollen eine Politik, die Fluchtursachen bekämpft und nicht Flüchtlinge. Wir fordern deshalb den österreichischen Nationalrat auf, die neutralitätswidrigen Änderungen des Kriegsmaterialgesetzes, die die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsgerät durch Österreich für EU- und Nato-Kriege ermöglicht haben, endlich zurückzunehmen, um wieder eine mit der österreichischen Verfassung in Einklang stehende Rechtslage herzustellen. Konzerne wie Rheinmetall, die von Waffenexporten und Krieg profitieren, haben in unserem Land nichts verloren haben! Das gebietet die österreichische Neutralität, die uns dazu verpflichtet, schon in Friedenszeiten alles zu tun, kriegerische Konflikte nicht zu schüren. Das gebietet der Staatsvertrag, der uns dazu verpflichtet, keine militärische und rüstungswirtschaftliche Kooperation mit Deutschland zu unterhalten.

Wir brauchen mehr Arbeitskräfte im Gesundheits-, Pflege-, Bildungsbereich, im Wohnbau, für den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs, erneuerbarer Energien und vielfältiger kommunaler Dienste, uvm. Was wir aber sicher nicht brauchen, sind Arbeitsplätze, die dazu beitragen, Krieg und Flüchtlingsleid anzuhetzen. Wir fordern daher die politisch Verantwortlichen in Oberösterreich und auf Bundesebene auf, die Rüstungsproduktion des Rheinmetall-Konzerns in Österreich zu beenden!

mit freundlichen Grüßen
Vorstand der Solidarwerkstatt Österreich
(19.2.2016)

Siehe auch Dossier:
"Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge!"



(8) Werkstatt-Radio: Ukraine - eine kommentierte Chronologie

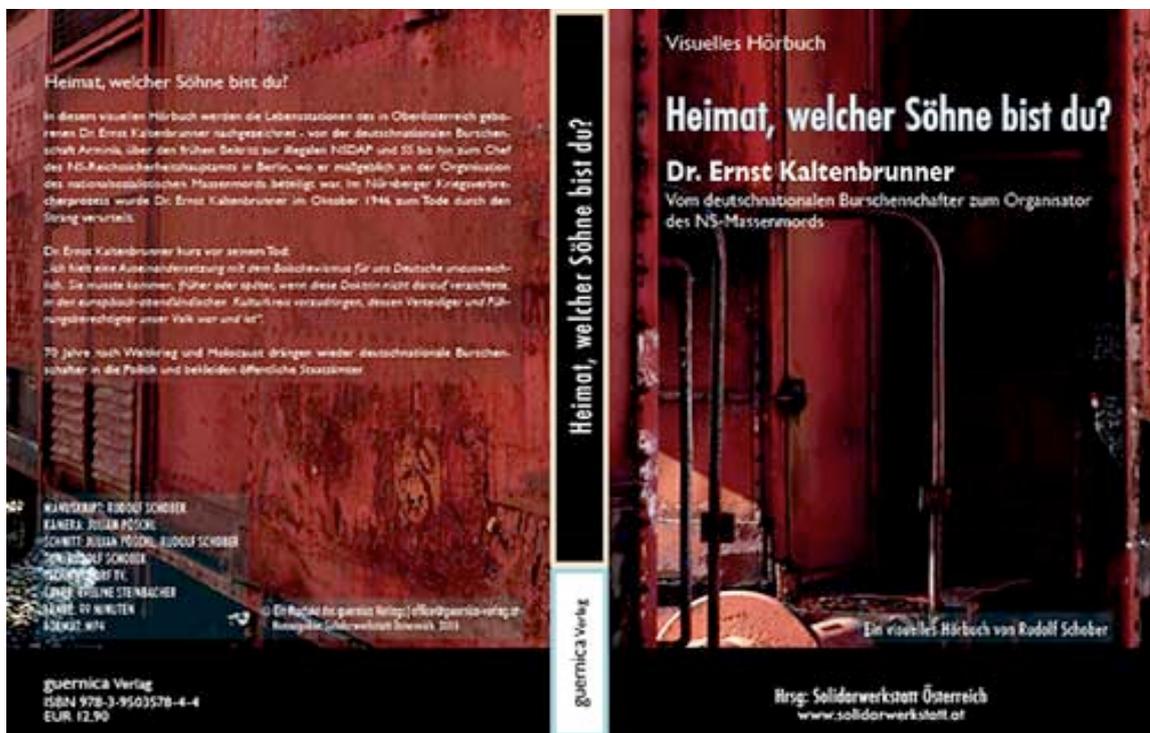
Eine Sendung von Rudi Schober zur fatalen Entwicklung in der Ukraine. Hier kann die Sendung nachgehört werden:

Ukraine, zerrieben zwischen zwei Großmächten. Wenn eigenständige Politik und Unabhängigkeit keinen sozialen Ausgleich garantiert, ist Feuer am Dach. Dann kann es zur Katastrophe kommen, wenn Interessen von außen einwirken. Das Ablehnen eines EU-Freihandelsabkommen führte für die Ukraine zu solch einer Katastrophe. Die EU bediente sich dabei der Hilfe rechtsextremer und faschistischer Paramilitärs, wobei sie auf die unheilvolle Kontinuität deutscher Außenpolitik aufbauen konnte. Der Staat Ukraine verfällt damit zusehends, das soziale Elend und politische Spaltung des Landes wird als Preis für europäischen Freihandel akzeptiert. Wir versuchen dazu eine kommentierte Chronologie.

Redaktion: Rudi Schober
Musik: J.S.Bach Trisonata
Turjan Aylahn Tatjinar

Auf Radio FRO (Febr. 2016). Die Sendung zum Nachhören: <http://cba.fro.at/306573>
http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=75&Itemid=107

(9) Antifaschismus: DVD "Heimat, welcher Söhne bist du?"



NEUE DVD: guernica Verlag präsentiert das Visuelle Hörbuch von Rudolf Schober:

Heimat, welcher Söhne bist du?

Dr. Ernst Kaltenbrunner

Vom deutschnationalen Burschenschafter zum Organisator des NS-Massenmords

Filmlänge: 99 Minuten

Herausgeber: Solidarwerkstatt Österreich

Erschienen: 2016 im guernica Verlag, Linz

Zu bestellen unter: 0732/771094, office@solidarwerkstatt.at, ISBN 978-3-9503578-4-4
EUR 12,90

In diesem visuellen Hörbuch werden die Lebensstationen des in Oberösterreich geborenen Dr. Ernst Kaltenbrunner nachgezeichnet - von der deutschnationalen Burschenschaft Arminia, über den frühen Beitritt zur illegalen NSDAP und SS bis hin zum Chef des NS-Reichssicherheitshauptamts in Berlin, wo er maßgeblich an der Organisation des nationalsozialistischen Massenmords beteiligt war.

70 Jahre nach Weltkrieg und Holocaust drängen wieder deutschnationale Burschenschafter in die Politik und bekleiden öffentliche Staatsämter.

Ein visuelles Hörbuch von Rudolf Schober

(10) Weitere Termine & Kampagnen

Sa, 19. März 2016

Demonstration gegen die Festung Europa

Treffpunkt: 13:00 Uhr, Karlsplatz, Wien

Fr, 25. bis Mo, 28. März 2016

Seminar: **Kapitalismus – gibt's den noch und noch wie lange?**

Programmseminar der Solidarwerkstatt

Naturhof Berger (www.naturhof-berger.at) Kienau 15, 4252 Liebenau

Infos:

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_extcalendar&Itemid=57&extmode=view&extid=971

Solidarwerkstatt-Kampagnen

Nein zur militärischen EU-Beistandsverpflichtung!

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1386&Itemid=1

Smart Meter - Nein Danke!

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1294&Itemid=98

Werkstatt-Radio: Smart Meter, der Spion in Ihrem Haushalt. Die Sendung mit hintergründigem zum Smart Meter hier [nachhören](#).

Hochschulen für den Frieden

Ja zur Zivilklausel! Nein zur Kriegsforschung

Nähere Informationen:

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1131&Itemid=80

Drohnen-Krieg - Nein Danke!

<http://www.solidarwerkstatt.at/Forum/KeineDrohnen.php>

MINUS 10%: Mehrwertsteuer auf Wohnungsmieten und Betriebskosten abschaffen!

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1192&Itemid=1

Parlamentarische Bürgerinitiative: **"FAIR-HANDEL(n) statt FREI(?)HANDEL!"**

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1128&Itemid=1

Aktuelle Termine auf www.solidarwerkstatt.at

(11) Weitere Hinweise

In der Solidarwerkstatt zu bestellen:

Buch: "Gegen den Strom - Politische Predigten und Reden von Franz Sieder"

Franz Sieder ist Betriebsseelsorger aus Amstetten, ein Pfarrer, der sich seit Jahrzehnten an der Seite der ArbeiterInnen und Benachteiligten in unserer Gesellschaft, an der Seite der Gewerkschaften und

der Friedensbewegung engagiert. Nähere Informationen zu diesem Buch hier:

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1177&Itemid=50

Buchbestellungen an: office@guernica-verlag.at bzw. T [0664-1540742](tel:0664-1540742)

DVD: Auf den Spuren des antifaschistischen Widerstands im Salzkammergut

Rudi Schober führt uns in seinem Filmdokument in einer Zeitreise zum Widerstandsnest „Igel“ der antifaschistischen Widerstandsgruppe „Willi-Fred“ auf der Rettenbacher Alm bei Bad Ischl. Referent: Dr. Wolfgang Quatember (Widerstandsmuseum Ebensee).

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1176&Itemid=1

PACE-Fahnen

60x90 EUR 15,-

Aufkleber:

Pickerl der Solidarwerkstatt für eine "Volksabstimmung über TTIP, CETA, TiSA" Holt euch euer Pickerl - sagen wir NEIN zu Freihandelsabkommen! Fordern wir: Fairhandel(n) statt Frei(?)handel!

Format: A6quer

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=30&Itemid=50

Mehr dazu im Dossier: [FAIR-HANDEL\(n\) statt FREI\(?\)HANDEL!](#)

Smart Meter - Nein Danke!

Format: 9,5 cm rund

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1296&Itemid=50

Bestellungen auf Spendenbasis an: office@solidarwerkstatt.at

Werkstatt-Blatt - die Zeitung der Solidarwerkstatt

Auch ein Abo des Werkstatt-Blatts kann man schenken! 10-Nr-Abo Eur 10,-; 5-Nr.Abo Eur 6,- Teilen Sie uns einfach mit, wem sie ein Abo schenken wollen!

Ein Probeexemplar schicken wir gerne kostenlos zu. Bestellung: office@solidarwerkstatt.at aus dem Inhalt der aktuellen Ausgabe:

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=24&Itemid=34

Musik: CDs von WanDeRer und Hans Breuer können in der Solidarwerkstatt zum Vorzugspreis von 15,- Euro erworben werden.

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1286&Itemid=71

Broschüren:

- Der Euro und die EU - Zur Politischen Ökonomie des Imperiums, pad-Verlag, Albert F. Reiterer, EUR 5,-

- Denkende - Zur "Schlacht um den Euro", pad-Verlag, Albert F. Reiterer, EUR 5,-

Mehr Bücher und Materialien:

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=30&Itemid=50

Bestellungen an: office@solidarwerkstatt.at

Weitere Hinweise:

Diskussionen und Gastkommentare siehe

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=65&Itemid=92

LeserInnenbriefe

siehe http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=241&Itemid=92

Werkstatt-Radio - Radio der Solidarwerkstatt auf Radio FRO. Hier zum Nachhören:

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=75&Itemid=107

Facebook - liken!

www.facebook.com/solidarwerkstatt

Die Arbeit der Solidarwerkstatt Österreich erfordert nicht nur viel Engagement und Zeit, sie kostet auch Geld. Für Alle, die unsere Tätigkeit auch finanziell unterstützen möchten, hier gerne unsere Bankdaten:

Solidarwerkstatt Österreich, IBAN: AT42 [3477 7000 06274146](#), BIC: RZOO AT2L 777 Raiffeisenbank Perg.

Besonders freuen wir uns über Daueraufträge, da diese die Planung unserer Projekte und Aktionen erleichtert.

Vielen Dank für Eure/Ihre Unterstützung!

Solidarwerkstatt Österreich